

Universitätsstadt Tübingen

Fachbereich Kommunales

Narr, Ulrich Telefon: 07071-204-1700

Gesch. Z.: 10/

Vorlage

327/2022

Datum

01.12.2022

Beschlussvorlage

zur Vorberatung im **Verwaltungsausschuss**

zur Behandlung im **Gemeinderat**

Betreff:	Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Verwaltungsgebühren
Bezug:	Vorlage 360/2022
Anlagen:	Anlage 1: Änderungssatzung Anlage 2: Gebührenkalkulation

Beschlussantrag:

Die Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Verwaltungsgebühren nach Anlage 1 wird beschlossen.

Finanzielle Auswirkungen

Es sind keine Veränderungen bei den Einnahmen auf Grund der Satzungsänderung zu erwarten.

Begründung:

1. Anlass / Problemstellung

Ursprünglich sollte zum 01.01.2023 der § 2b Umsatzsteuergesetz auch bei den Kommunen greifen. Damit wären ab dem 01.01.2023 zahlreiche kommunale Leistungen, die bisher umsatzsteuerfrei waren, steuerpflichtig geworden, unter anderem auch statistische Auswertungen der Stadt für Dritte. Wie in Vorlage 360/2022 dargestellt, nimmt die Stadt die Möglichkeit wahr, die Einführung um ein Jahr zu verschieben.

Mit der Änderung der Satzung über die Erhebung von Verwaltungsgebühren sollte verhindert werden, dass statistische Auswertungen steuerpflichtig werden. Auch wenn der eigentliche Anlass nun erst ein Jahr später eintritt, soll die Satzung jetzt geändert werden, um frühzeitig Klarheit zu schaffen, zumal damit kein Nachteil verbunden ist. In diesem Zuge sollen auch weitere Tatbestände in der Satzung ergänzt bzw. angepasst werden.

2. Sachstand

2.1. Statistische Auswertungen für Dritte

Auf Antrag und soweit zulässig macht die Stadtverwaltung für Dritte statistische Auswertungen. Die Leistung stellt die Stadt den Auftraggebern in Rechnung. Ab dem 01.01.24 wäre dies umsatzsteuerpflichtig, es sei denn, dies erfolgt auf öffentlich-rechtlicher Grundlage.

2.2. Auskünfte nach dem Landesinformationsfreiheitsgesetz

Nach dem Landesinformationsfreiheitsgesetz (LIFG) können für Auskünfte Gebühren und Auslagen verlangt werden. Die Stadt hat bisher für Auskünfte, für die ein Arbeitsaufwand von maximal 30 Minuten erforderlich war, keine Gebühren erhoben. Bei Auskünften, bei denen der Aufwand mehr als 30 Minuten betrug, wurden für die darüberhinausgehende Bearbeitungszeit Gebühren im Rahmen der Allgemeinen Verwaltungsgebühr (Lfd. Nr. 2 des Gebührenverzeichnisses) erhoben. Im letzten Jahr ist eine deutliche Zunahme an Anfragen nach dem LIFG zu beobachten. Daher soll dies nun als eigener Tatbestand in die Satzung mitaufgenommen werden.

2.3. Gebühren für Leistungen nach der Landesbauordnung

Der Fachbereich Baurecht erhebt für zahlreiche seiner Leistungen Gebühren. Durch Änderungen in der Landesbauordnung (LBO) ist es erforderlich, die Tatbestände auf die aktuell geltenden Paragraphen abzustellen. Zudem sind sprachliche Präzisierungen erforderlich. Eine inhaltliche Änderung oder eine Änderung der Gebührenhöhe erfolgt nicht.

3. Vorschlag der Verwaltung

3.1. Statistische Auswertungen für Dritte

Die Verwaltung schlägt vor, diese künftig bis zur rechtlich zulässigen Obergrenze in Höhe von 17.500 EUR auf öffentlich-rechtlicher Grundlage zu erheben. Die Leistung soll je angefangener ¼ Stunde berechnet werden.

Die Auswertungen werden durch die FAB Gremien und Kommunalrecht vorgenommen. Die Gebühr wird entsprechend der Kalkulation der Kosten eines Arbeitsplatzes der KGSt vorgenommen (siehe Anlage 2). Entsprechend beträgt die Gebührenhöhe je Stunde 71 EUR. Daher sollen künftig je begonnener ¼ Stunde abgerundet 17,50 EUR verrechnet werden.

3.2. Auskünfte nach dem Landesinformationsfreiheitsgesetz

Wie bisher sollen Auskünfte, die mit einem Arbeitsaufwand von maximal 30 Minuten bearbeitet werden können, kostenfrei bleiben. Jede darüberhinausgehende ¼ Stunde soll berechnet werden.

Die Auskünfte werden in der Regel von Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeitern bearbeitet. Für die Kalkulation der Gebühr wird von einem Beschäftigungsverhältnis in EG 10 ausgegangen. Entsprechend der Kalkulation der Kosten eines Arbeitsplatzes der KGSt beträgt die Gebührenhöhe je Stunde 63 EUR. Daher werden künftig je ¼ Stunde abgerundet 15,00 EUR verrechnet.

3.3. Gebühren für Leistungen nach der Landesbauordnung

Die Gebührentatbestände werden an die Paragraphen der LBO angeglichen, wo erforderlich, erfolgen sprachliche Präzisierungen.

4. Lösungsvarianten

4.1. Bei Statistischen Auswertungen wird künftig die Umsatzsteuer erhoben.

4.2. Auskünfte nach dem LIFG werden weiterhin im Rahmen der allgemeinen Verwaltungsgebühr abgerechnet.

5. Klimarelevanz

keine